

„Wirtschaftsprüfer müssen in die Puschen kommen“

Gemeinderat Enkenbach-Alsenborn diskutiert erneut über fehlende Jahresabschlüsse – Kommunalaufsicht kritisiert fehlende Transparenz



VON JOACHIM BAADTE

ENKENBACH-ALSENBORN. Die Kommunalaufsicht hat den Haushalt der Gemeinde Enkenbach-Alsenborn für das Jahr 2022 nur unter strengen Auflagen genehmigt. Das Problem, das schon länger besteht und immer wieder zu Diskussionen im Rat führt: Die Abschlüsse der Kommune sowie auch der Gemeindewerke liegen seit dem Jahr 2018 nicht mehr vor.

Die Kommunalaufsicht kritisiert, dass die gesetzlichen Vorgaben verletzt würden: Die Transparenz fehle, um die finanzielle Lage der Ortsgemeinde

beurteilen zu können. Ortsbürgermeister Jürgen Wenzel (CDU) schlug den Ratsmitgliedern auf ihrer Sitzung am Mittwochabend einen Plan vor, um die ausstehenden Jahresrechnungen zu den von der Kommunalaufsicht festgelegten Terminen doch noch vorlegen zu können. Die Abschlüsse müssten laut Kommunalaufsicht für 2018, 2019 und 2020 bis spätestens 31. März, 30. Juni und 30. September 2023 vorliegen. Die Werkleiterin erachte die Vorgaben für 2018 und 2019 für umsetzbar. Die Frist für 2020 jedoch erscheine ihr unrealistisch, so Wenzel. Deshalb habe sich der Ortsgemeinderat in seiner Sitzung am 21. Dezember mit dem Widerspruch beschäftigt und beschlossen, diesen einzulegen. Dieser Widerspruch sei dann von der Kommunalaufsicht der Kreisverwaltung an die ADD als Aufsichtsbehörde weitergeleitet und von dieser zurückgewiesen worden.

Wenzel sieht die Ursachen für die Verzögerung der Abschlüsse in einem Organisationsverschulden der damaligen Verwaltungsspitze: „Über viele Jahre wurden bei den Haushaltsvorberatungen im Haupt- und Finanzausschuss der Verbandsgemeinde vom SPD-Fraktionsvorsitzenden immer wieder Kürzungsvorschläge im Stellenplan eingebracht, die dann vom Bürgermeister aufgenommen und von der SPD-geführten Koalition beschlossen wurden.“ Die Personalbedarfsanalyse der Kommunalberatung habe dann belegt, dass über fünf Jahre in jeder Abteilung zwei Stellen gefehlt hätten. Leider sei bei der Werksabteilung mit den Abschlüssen noch nicht einmal begonnen worden, da die dafür notwendigen Zeitressourcen nicht bestünden.

Silke Brunck, Bürgermeisterin der Verbandsgemeinde Enkenbach-Alsenborn (SPD), führte inzwischen Gespräche mit dem Gemeinde- und Städtebund Rheinland-Pfalz zur Situation in der Werksabteilung. Dieser habe einen Werkleiter gefunden, der die Software-Programme kenne, die in Enkenbach-Alsenborn benutzt werden, und der bei der Erstellung der Abschlüsse unterstützen könne.

„Wir kritisieren vor allem, dass wir im Zusammenhang mit dem Widerspruch zu wenig informiert worden sind“, stellte der Fraktionsvorsitzende der SPD, Ralf Töpfer, fest. In dieser Situation seien Schuldzuweisungen nicht

angebracht. Es gehe jetzt vor allem darum, in der Sache voranzukommen. „Wir brauchen die Abschlüsse.“

Die Situation sei sehr schwierig und komplex, da gebe er Bürgermeister Jürgen Wenzel recht, sagte Peter Keller, Leiter der Kommunalaufsicht bei der Kreisverwaltung. Aber der Haushalt könne nicht genehmigt werden, wenn die gesetzlichen Fristen überschritten seien. Das gelte allemal angesichts der Dimensionen, in denen die Werke defizitär seien und die Gemeinde dafür geradestehen müsse. Es fehle einfach die Transparenz hinsichtlich der finanziellen Lage der Gemeinde. Die letzte verlässliche Zahl stamme aus dem Jahr 2011 und belaufe sich auf ein Minus von 13,5 Millionen Euro. „Die Wirtschaftsprüfer müssen jetzt in die Puschen kommen“, fügte Keller an.

Sie verbitte sich pauschale Schuldzuweisungen an die Verwaltung, sagte Brunck (SPD), die seit einem Jahr im Amt ist. Außerdem betonte sie, dass von ihrer Seite gegenüber der Werkleitung keinerlei Weisungsbefugnis bestehe. Eine Unterstützung bei den Abschlüssen durch externe Kräfte halte sie für schwierig. „In der jetzigen Situation müssen wir aber nach jedem Strohalm greifen“, meinte sie. Am Ende stimmten alle Ratsmitglieder dafür, dass die Kommunalberatung mit der Unterstützung zur Fertigstellung der Jahresabschlüsse 2018, 2019, 2020 für September und Oktober 2023 beauftragt wird.